

Blum, Ulrich; Holtemöller, Oliver

Article

Eine europäische Wirtschaftsregierung löst die Schuldenprobleme nicht - ein Kommentar

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Blum, Ulrich; Holtemöller, Oliver (2011) : Eine europäische Wirtschaftsregierung löst die Schuldenprobleme nicht - ein Kommentar, *Wirtschaft im Wandel*, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 17, Iss. 9, pp. 293-293

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143927>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kommentar:

Eine europäische Wirtschaftsregierung löst die Schuldenprobleme nicht

Am 16. August 2011 haben die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy unter der Bezeichnung „europäische Wirtschaftsregierung“ mehr zentrale Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung vorgeschlagen und bekräftigt, dass sie eine Finanztransaktionssteuer durchsetzen wollen. Sie erhofften sich davon, die Schuldenkrise Europas zu lösen und so die Finanzmärkte zu beruhigen. Dies ist jedoch nicht gelungen.

Das übergeordnete wirtschaftspolitische Ziel muss gegenwärtig die makroökonomische Stabilisierung sein, weil stabile Rahmenbedingungen die Voraussetzung für die Zuversicht der Unternehmen, Haushalte und Finanzmarktakteure darstellen. Die Vorschläge von Merkel und Sarkozy tragen nicht zur Stabilisierung bei, weil sie vor dem Hintergrund, dass in der Vergangenheit wichtige Stabilitätskriterien missachtet wurden, wenig glaubwürdig sind. Warum denken Merkel und Sarkozy gut 20 Jahre nach dem Scheitern der Zentralplanung, dass mehr Zentralismus in Gestalt einer demokratisch nicht ohne Weiteres legitimierten Wirtschaftsregierung die gegenwärtigen Probleme Europas lösen könnte? Wie soll eine Finanzmarkttransaktionssteuer eine ökonomisch sinnvolle Lenkungswirkung entfalten? Sie würde zwar fiskalische Lücken zu schließen helfen und das Transaktionsvolumen senken, es darf jedoch bezweifelt werden, dass dadurch „bessere“ Finanzmarktpreise zutage gefördert werden.

Tatsächlich sind die Ursachen der Schuldenprobleme in den Euroländern durchaus unterschiedlich, was einen differenzierten Ansatz nahelegt: Griechenland und Portugal haben schlichtweg über ihre Verhältnisse gelebt; in Griechenland kommen noch unlautere statistische Praktiken hinzu. Irland ist Opfer von Fehlinvestitionen in überdimensionierte Immobilien- und Finanzsektoren geworden. In Spanien sind strukturelle Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt sowie die private Verschuldung die wichtigsten Probleme, und Italien hat mit Vertrauensverlusten an den Finanzmärkten zu kämpfen, weil die Verschuldung des Staates ebenso hoch wie die Wachstumsdynamik gering ist und daran gezweifelt wird, dass Strukturreformen tatsächlich in Angriff genommen werden. In diesen Ländern existiert ein enormer – aber sehr unterschiedlicher – institutioneller Veränderungsbedarf. Warum sollten die Brüsseler Zentrale oder eine Runde von Staats- und Regierungschefs diese dezentralen Probleme besser lösen können als nationale Regierungen? Und wenn Druck von außen notwendig ist, um Reformen voranzutreiben, warum sollen nach Risiko und Tragfähigkeit differenzierende Zinsen des Kapitalmarktes dies nicht besser leisten?

Die vielfach geforderten Euro-Bonds wurden von Merkel und Sarkozy abgelehnt. Das ist gut so. Sie könnten zwar eine Entlastung für diejenigen Länder bringen, die akute Finanzierungsprobleme haben. Aber es würde sich ein Missverhältnis zwischen demokratischer Legitimation und finanzpolitischen Entscheidungen einstellen. Entscheidend ist, dass Europa die Grundprinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung, die unseren Wohlstand begründen, wieder stärkt. Ein wichtiges Prinzip ist institutionelle Kongruenz: Der Kreis der Nutznießer, der Kreis der Entscheidungsträger und der Kreis der Steuerzahler sollten sich decken, um einen effizienten Umgang mit Ressourcen zu fördern. Institutionelle Kongruenz allein reicht natürlich nicht; hinzukommen muss noch die Einheit von Nutzen und Schaden – d. h., Entscheidungsträger und Nutznießer sollten die Konsequenzen ihres Handelns tragen, auch wenn das die Insolvenz eines Staates bedeutet. Makroökonomische Überwachung in Form systematischer und gemeinsamer Auswertung makroökonomischer Entwicklungen ist dann eine sinnvolle Ergänzung. Aber eine europäische Wirtschaftsregierung würde die institutionellen Probleme nicht lösen. Da sie jedoch von der Politik mit diesem Versprechen verknüpft wird, ist die Enttäuschung der Menschen vorprogrammiert und damit auch eine zunehmende Unzufriedenheit mit dem wichtigen Projekt der europäischen Integration. Das kann niemand wollen.

*Ulrich Blum (Ulrich.Blum@iwh-halle.de),
Oliver Holtemöller (Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)*